



Haushalts- und Finanzausschuss

45. Sitzung (öffentlich)

12. Dezember 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 9 |
| 1 | Entgelte für tätige Mithilfe der Forstbehörden bei der Bewirtschaftung des Körperschafts- und Privatwaldes (Entgeltordnung 2020) | 10 |
| | Vorlage 17/2757 (Neudruck)
Drucksache 17/8049

Votum an den federführenden AULNV

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt. | |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) | 11 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)
in der Fassung nach der 2. Lesung | |

Vorlage 17/2760

abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge
(Vorbereitung der 3. Lesung)

In Verbindung mit:

Fünftes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7318
Ausschussprotokoll 17/798
Stellungnahme 17/2053 (kommunale Spitzenverbände)

Auswertung der Anhörung vom 7. November 2019

abschließende Beratung und Abstimmung zur 2. Lesung

Allgemeine Aussprache **12**

Beratung und Abstimmung über die Änderungsanträge **26**

(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/8150 zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)

Haushaltsgesetz **26**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 15)

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung **26**

Zu: Kapitel 20 030, Titel 623 10

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 115)

Einzelplan 01: Landtag **27**

Zu: Kapitel 01 010, Titelgruppe 64, Titel 428 64

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 18)

Einzelplan 01: Landtag 27

Zu: Gesamtabstimmung

Einzelplan 02: Ministerpräsident 27

Zu: Kapitel 02 010, Titelgruppe 68, Titel 541 68

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 23)

Einzelplan 02: Ministerpräsident 28

Zu: Kapitel 02 010, Titelgruppe 71, Titel 547 71

Antrag der Fraktion der SPD
(s. Drucksache 17/8150, Seite 25)

Einzelplan 03: Ministerium des Innern 29

Zu: Kapitel 03 310, Titel 428 01

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 32)

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den mündlichen Änderungsantrag ab.

Einzelplan 07: Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration 30

Zu: Kapitel 07 090, Titel 633 40

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 79)

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz 31

Zu: Kapitel 10 010, Titel 686 10

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 86)

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales 32

Zu: Kapitel 11 042, Titelgruppe 95, Titel 686 95

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 91)

**Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung
und Energie** **32****Zu: Kapitel 14 300, Titelgruppe 80, Titel 686 80**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 98)

Text des Haushaltsgesetzes § 1, § 2 HHG-Entwurf-2020 **32**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
(s. Drucksache 17/8150, Seite 16)

Schlussabstimmung **33**

Der Ausschuss fasst mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD den auf Seite 12 des Ausschussberichts Drucksache 17/8150 wiedergegebenen Bereinigungsbeschluss.

In der Gesamtabstimmung empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD, den Haushaltsgesetzesentwurf der Landesregierung mit den zuvor beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Fünftes Gesetz zur Änderung der LHO **33**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
(s. Drucksache 17/8110)

Abstimmung über Änderungsantrag **34**

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss Punkt 1 des Änderungsantrags ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowie Enthaltung der AfD lehnt der Ausschuss Punkt 2 des Änderungsantrags ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss Punkt 3 des Änderungsantrags ab.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss Punkt 4 des Änderungsantrags ab.

Gesamtabstimmung**34**

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

3 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes**35**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7202
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)
in der Fassung nach der 2. Lesung

abschließende Beratung und Abstimmung zur 3. Lesung

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer**36**

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6758
Stellungnahmen 17/1975 und 17/2005

Auswertung der schriftlichen Anhörung

abschließende Beratung und Abstimmung zur 2. Lesung

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimmen der AfD lehnt der Ausschuss den Gesetzentwurf ab.

5 Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes 38

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7547
Ausschussprotokoll 17/818

abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

6 Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) 39

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Drucksache 17/6147
Ausschussprotokoll 17/786

abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an IA)

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

7 Klimaschutz und Verkehrswende brauchen mehr als Sonntagsreden: Landesweites und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche für Nordrhein-Westfalen! 40

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6591
Ausschussprotokoll 17/778

abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an VA)

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

8 Reform der Grundsteuer 41

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2826
vgl. Vorlagen 17/2462, 17/2471, 17/2604 und 17/2748
– Wortbeiträge

9 Verschiedenes 43

* * *

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)
in der Fassung nach der 2. Lesung
Vorlage 17/2760

abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge (Vorbereitung der 3. Lesung)

In Verbindung mit:

Fünftes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7318
Ausschussprotokoll 17/798
Stellungnahme 17/2053 (kommunale Spitzenverbände)

Auswertung der Anhörung vom 7. November 2019

abschließende Beratung und Abstimmung zur 2. Lesung

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/7200 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an die Fachausschüsse am 18.09.2019)

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/7318 an den Haushalts- und Finanzausschuss)

Vorsitzender Martin Börschel: Das Haushaltsgesetz wurde uns durch das Plenum am 28. November dieses Jahres zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen, sodass wir insgesamt dann das Haushaltsgesetz 2020 in der unveränderten Fassung nach der zweiten Lesung miteinander beraten können.

Die Anhörung zum Fünftem Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung haben wir am 7. November dieses Jahres durchgeführt. Dazu gibt es das Ausschussprotokoll 17/798. Die Auswertung der Anhörung erfolgt auch in der Sitzung heute. Miteinbeziehen werden wir natürlich die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände, die diese nach § 58 unserer Geschäftsordnung zu diesem Gesetzentwurf abgegeben haben. Die Stellungnahme hat die Nummer 17/2053. Inzwischen gibt es dazu einen Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit der Drucksache 17/8110.

Damit habe ich alles gesagt, was gesagt werden muss, um Ihnen zu ermöglichen, grundsätzliche Bemerkungen zu machen oder zur Auswertung der Anhörung beizutragen. Ich bitte um das Wort, soweit gewünscht. – Herr Kollege Zimkeit.

Allgemeine Aussprache

Stefan Zimkeit (SPD): Ich möchte eine Gesamteinschätzung zu den Änderungsanträgen abgeben, was dann dazu führt, dass man nicht mehr zu allen Bereichen etwas sagen muss, was hoffentlich zur Verkürzung beiträgt.

Ich beginne mit der Bewertung der vorliegenden Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen. Wenn man es wohlwollend betrachtet, sagt man, das ist Symbolpolitik, wenn man es ernsthaft betrachtet, kann man auch sagen, da wird Politik simuliert. Hier wird versucht, ernsthafte Probleme mit 20.000-Euro-Anträgen symbolisch zu lösen, die so nicht lösbar sind.

Ich habe den Eindruck, dass die Koalitionsfraktionen jeden Gestaltungsanspruch aufgegeben haben. Die einzigen weitreichenden finanziellen Anträge, die gestellt worden sind, sind Kofinanzierungsanträge für Bundesprojekte. Die hatte der Finanzminister ja in einem Brief sozusagen schon in Auftrag gegeben. Das ist dann von den Koalitionsfraktionen per Antrag nachvollzogen worden. Alles andere sind eigentlich Anträge, von denen man hätte erwarten können, dass man sie zur zweiten Lesung vorlegt, um sie dann auch in den Fachausschüssen entsprechend diskutieren zu können. Da ist wenig Falsches bei. Aber da ist praktisch nichts bei, was wirklich zur Gesamtverbesserung der Lage des Landes beiträgt.

Insofern wäre der Begriff „Enttäuschung“ falsch. Wir hatten eigentlich nicht viel erwartet, aber jetzt kriegt es die Koalition ja augenscheinlich noch nicht mal mehr hin, die Wunschzettel aus den Wahlkreisen wie im letzten Jahr abzuarbeiten.

Wir sind über einen anderen Punkt deutlich verärgert, was den gegenseitigen Umgang angeht in der Frage von gemeinsamen Antragstellungen. Da sind Anträge zu „Haus der Geschichte“, „Denkmalpflege“, die angekündigt waren, nach den letzten Fraktionssitzungen vor der Sitzung des HFA gekommen. Ich finde, das ist kein Umgang miteinander. Wenn man ernsthaft gemeinsame Antragstellung will, sollte man sich die Mühe machen, den anderen Fraktionen die Vorschläge vor der Fraktionssitzung zur Verfügung zu stellen, damit man die auch in der Fraktion beraten kann.

Dann gibt es Anträge, wo schon davon abgesehen worden ist, die gemeinsam vorzulegen, nämlich zur Stiftung Wohlfahrtspflege. Das ist ein klassischer Bereich, der eigentlich zwischen den demokratischen Fraktionen immer gemeinsam geregelt worden ist. Auch da ist ein gemeinsames Vorgehen von CDU und FDP scheinbar nicht mehr gewünscht. Wir finden das schade, ist aber kein Umgang miteinander.

Der Gipfel ist dann allerdings das, was im Bereich der Stärkung der Antisemitismusbeauftragten gelaufen ist. Da haben wir Anträge in der zweiten Lesung vorgelegt. Die sind im Fachausschuss beraten worden. Dort ist dann von den Regierungsfractionen erklärt worden, sie wollten da auch etwas machen, man solle doch gemeinsam was

Schlussabstimmung

Der Ausschuss fasst mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD den auf Seite 12 des Ausschussberichts Drucksache 17/8150 wiedergegebenen Bereinigungsbeschluss.

In der Gesamtabstimmung empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD, den Haushaltsgesetzentwurf der Landesregierung mit den zuvor beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Fünftes Gesetz zur Änderung der LHO

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
(s. Drucksache 17/8110)

Stefan Zimkeit (SPD) begründet, aufgrund der aus seiner Sicht spannenden Anhörung habe seine Fraktion einen Änderungsantrag mit vier Forderungen formuliert. Diese vier Änderungen hätten alle Experten empfohlen.

Weitestgehend sei die Bundesregelung übernommen worden mit der Ausnahme, die Landesregierung wolle Privatisierungserlöse gerne nutzen, um den Haushalt auszugleichen und so die Schuldenbremse einzuhalten. Dies sei aus Sicht seiner Fraktion nicht nachvollziehbar. Dies würde den sowieso geplanten Privatisierungen Tür und Tor öffnen. Von daher solle § 18a Abs. 1 ein Satz hinzugefügt werden, den Professor Tappe in der Anhörung vorgeschlagen habe, das entsprechend der Bundesregelung zu machen. Wenn dem nicht zugestimmt werde, müsse davon ausgegangen werden, dass geplant sei, das Tafelsilber dieses Landes zu verschleudern, um einen Haushaltsausgleich für die Schuldenbremse herbeizuführen.

Mit Punkt 2 des Änderungsantrages solle eine dringende Bitte der Kommunen erfüllt werden, nämlich sicherzustellen, dass die Einhaltung der Schuldenbremse durch das Land nicht auf dem Rücken der Kommunen erfolge.

Bezüglich des Punktes 3 müsste eigentlich ein gemeinsames Interesse bestehen, dem Ausschuss die Berechnungsgrundlagen zur Verfügung zu stellen, um die Berechnungen nachvollziehen zu können.

Punkt 4 sei sicherlich politisch umstritten. Nach Auffassung seiner Fraktion seien die Spielräume zu gering, sodass diese analog anderer Bundesländer wie Baden-Württemberg erhöht werden sollten.

Er bittet darum, über die einzelnen Punkte einzeln abzustimmen.

Monika Düker (GRÜNE) teilt mit, dass ihre Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen werde.

In der Anhörung sei das Konjunkturbereinigungsverfahren kritisiert worden. Dieses Verfahren eigne sich nicht, um konjunkturelle Schwankungen zu erfassen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Nach ihren Informationen seien extern keine Alternativen durchgerechnet worden. Wenn der Finanzminister nicht widerspreche, gehe sie davon aus, dass dies der Fall sei. Dies könne sie bei einer so wesentlichen Frage nicht nachvollziehen.

Abstimmung über Änderungsantrag

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss Punkt 1 des Änderungsantrags ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowie Enthaltung der AfD lehnt der Ausschuss Punkt 2 des Änderungsantrags ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss Punkt 3 des Änderungsantrags ab.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss Punkt 4 des Änderungsantrags ab.

Gesamtabstimmung

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.